

Presseinformation

SOZIALVERBAND

VdK

NIEDERSACHSEN-BREMEN



**Sozialverband VdK
Niedersachsen-Bremen e.V.**

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Postfach 4929, 26039 Oldenburg
Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg
Verantwortlich: Hans-Gerd Finke
Telefon: 0441-21029-0 (Finke: -47)
Telefax: 0441-21029-10
E-Mail: finke@vdk.de
www.vdk.de/niedersachsen-bremen

11. März 2011

Thema: VdK-Kampagne „Pflege geht jeden an“

„Pflegestützpunkte müssen in Niedersachsen flächendeckend ausgebaut werden“ VdK macht sich für pflegende Angehörige stark – Pflegelotsen sollen helfen

Mit der Kampagne „Pflege geht jeden an“ will der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen auf die Situation der pflegenden Angehörigen aufmerksam machen, ihnen eine Stimme geben und sich dafür einsetzen, dass pflegende Angehörige mehr Anerkennung, mehr finanzielle Hilfe und mehr Unterstützung bekommen. Ute Borchers-Siebrecht, VdK-Landesverbandsvorsitzende und Präsidiumsmitglied des VdK Deutschland, erläuterte heute (11. März 2011) in Hannover vor der Landespressekonferenz die Ziele der Kampagne.

„Über 250000 Menschen in Niedersachsen sind pflegebedürftig, mehr als zwei Drittel werden zu Hause - meist durch weibliche Angehörige - gepflegt. Angehörigenpflege ist der schwerste Job, den Deutschland zu vergeben hat“, sagte Borchers-Siebrecht.

Pflege sei für denjenigen, der sie als pflegender Angehöriger ausführt, eine körperlich und seelisch schwer belastende aber auch eine zeitintensive Tätigkeit. Die Zeit für ein eigenes Leben mit Freizeit und Urlaub oder einfach Zeit für ein selbst- und nicht fremdbestimmtes Leben fehle. Aber auch an die positiven Aspekte erinnerte die VdK-Landesvorsitzende: „Natürlich heißt Pflege auch, dass man einer vertrauten Person in einer schwierigen Lebenssituation hilft und damit Verantwortung übernimmt für das Leben eines anderen Menschen und Vertrauen und Geborgenheit für den zu Pflegenden schafft“.

Da dies alles nicht allein zu leisten ist, fordert der Sozialverband VdK mehr Unterstützung und Entlastung für pflegende Angehörige. So müssen aus VdK-Sicht zum Beispiel Tages- und Kurzzeitpflegeangebote weiter ausgebaut werden, denn sie ermöglichen die Erholung und Berufstätigkeit von pflegenden Angehörigen. „Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich nicht hilfreich, dass die Niedersächsische Landesregierung die Förderung der sogenannten eingestreuten Kurzzeitpflege gestrichen hat. Pflegebedürftigen werden bei Kurzzeitpflege in Dauerpflegeeinrichtungen rund 16,70 Euro pro Tag in Rechnung gestellt, in reinen (solitären) Kurzzeitpflegeeinrichtungen jedoch nicht. Diese zusätzlichen Kosten können längst nicht alle davon Betroffenen aufbringen und es wird dadurch schwieriger, Angehörige wohnortnah in Kurzzeitpflegeeinrichtungen unterzubringen“, kritisierte Borchers-Siebrecht. Zusätzlich erforderlich seien spezielle gemeinsame Reha-Angebote für Pflegende und ihre Angehörigen. Die volle Anrechnung des Pflegegeldes hierfür und die hohen Eigenanteile bei Entlastungsangeboten sollten reduziert werden.

Pflegestützpunkte, von denen sich pflegende Angehörige Rat und Unterstützung holen können, müssen auch in Niedersachsen dringend flächendeckend ausgebaut werden, fordert der Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen. „Aber wir fordern nicht nur, sondern wir helfen auch. Wir wollen landesweit ehrenamtliche VdK-Pflegelotsen installieren, die ‚Erste Hilfe‘ leisten sollen, indem sie die pflegenden Angehörigen beraten, wie und wo sie weiterführende professionelle Hilfe finden können“, kündigte Ute Borchers-Siebrecht an.

Zu den Forderungen der VdK-Kampagne "Pflege geht jeden an" gehört auch die Anpassung des

Pflegegelds. „Seitdem die Pflegeversicherung 1996 in Kraft trat, hat das Pflegegeld erheblich an Wert verloren. Seinem Zweck, die familiäre Pflegebereitschaft zu fördern, wird es immer weniger gerecht. Der Wertverfall des Pflegegeldes signalisiert, dass der Gesellschaft die Arbeit pflegender Angehöriger immer weniger wert ist. Wir brauchen daher eine Anhebung und sofortige Dynamisierung des Pflegegelds mindestens in Höhe der Inflationsrate. Ohne diese Anpassung werden immer mehr Menschen in einen pflegebedingten Sozialhilfebezug abrutschen“, sagte Ute Borchers-Siebrecht.

Der VdK fordert eine Beibehaltung und Stärkung der solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung und lehnt die Einführung einer kapitalgedeckten Pflegezusatzversicherung ab.

Vor allem die Betreuung Demenzkranker in der Familie muss nach Meinung des VdK deutlich besser honoriert werden. Da viele Demenzkranke keine Pflegestufe zuerkannt bekommen, erhalten die Angehörigen kein Pflegegeld: „Maximal 200 Euro monatlich können aus der Pflegekasse bezahlt werden. Für eine oft 24 Stunden notwendige Versorgung ist das so gut wie nichts“, erläuterte Ute Borchers-Siebrecht und stellte klar: „Gerade an einer Verbesserung für die Versorgung von Demenzkranken wird sich das von Bundesgesundheitsminister Rösler zum ‚Jahr der Pflege‘ ausgerufenen Jahr 2011 messen lassen müssen.“

Das Engagement der pflegenden Angehörigen verdiene höchste - auch finanzielle - Anerkennung, betonte die VdK-Landesvorsitzende. „Pflegende Angehörige entlasten die Beitrags- und Steuerzahler um Milliardenbeträge. In vielen Familien wird gering oder gar nicht bezahlte Pflegearbeit geleistet und damit eine kostenintensive professionelle, vor allem stationäre, Pflege vermieden“, so Borchers-Siebrecht. Ohne pflegende Angehörige müsste der Beitrag für die gesetzliche Pflegeversicherung von 1,95 Prozent des Bruttolohns bis 2030 auf 4,5 Prozent steigen.

Der VdK appelliert mit seiner Kampagne „Pflege geht jeden an“ an die Bundesregierung, pflegende Angehörige bei der Reform der Pflegeversicherung angemessen zu berücksichtigen und damit eine wichtige Stütze des Sozialsystems zu stärken. „Wer die Pflege behinderter und älterer Menschen sicherstellen will, muss Familien entlasten, unterstützen und beraten“, betonte VdK-Landesvorsitzende Borchers-Siebrecht.

Die Forderungen des Sozialverbands VdK lauten zusammengefasst:

- Die Umsetzung des bereits seit Anfang 2009 vorliegenden, überarbeiteten Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Dieser wird den Bedürfnissen von psychisch eingeschränkten Patienten viel besser gerecht.
- Ein zügiger und flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte in allen Bundesländern als Anlaufstelle für Pflegebedürftige und ihre Angehörige für eine wohnortnahe und neutrale Beratung.
- Entlastungsangebote müssen für die Betroffenen kostenfrei sein, etwa in der Verhinderungs- und Kurzzeitpflege.
- Die Umsetzung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Pflege“ durch mehr Angebote für geriatrische Rehabilitation und Prävention, damit ältere Patienten länger so selbstständig wie möglich leben können.
- Anspruch auf Pflegezeit analog zum Elterngeld inklusive Rückkehrrecht in die Vollzeitberufstätigkeit.
- Anhebung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige, um vor allem pflegende Frauen vor Altersarmut zu schützen.

Der VdK will im Rahmen seiner Kampagne „Pflege geht jeden an“ Politik, Medien und die breite Öffentlichkeit mit seinen Forderungen konfrontieren. Dafür stellt er umfangreiches Info-Material über Fakten und Hintergründe zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland und zur derzeitigen Situation von pflegenden Angehörigen zur Verfügung. Die Website zur Kampagne www.pflege-geht-jeden-an.de wird laufend aktualisiert.